

AKTIV.IST.IN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 2/2015



AFGHANISTAN
**FRAUEN LEBEN
GEFÄHRLICH**

SEITE **6**

3 EUROPA

DIE TÖDLICHSTE ROUTE DER
WELT: EU MUSS DAS STERBEN
IM MITTELMEER BEENDEN

8 IRAN

GESETZESENTWÜRFE
REDUZIEREN FRAUEN ZU
„GEBÄRMASCHINEN“

16 ISRAEL

PALÄSTINENSERIN DROHT
UNFAIRES VERFAHREN VOR
MILITÄRGERICHT

NETZWERK FRAUENRECHTE

 **AMNESTY
INTERNATIONAL**





WEB
<http://frauenrechte.amnesty.at>

E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK
[amnestynetzwerkfrauenrechte](https://www.facebook.com/amnestynetzwerkfrauenrechte)

TWITTER
[AIFrauenrechte](https://twitter.com/AIFrauenrechte)

SPENDENKONTO
BIC: GIBAAWXXX
IBAN: AT142011100000316326

lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH
Verwendungszweck
NETZWERK FRAUENRECHTE

Liebe Unterstützer_innen des Amnesty-NW Frauenrechte!

Die vielen auf der **Flucht** im Mittelmeer ertrunkenen Menschen haben uns alle erschüttert und empört. Es war längst zu erwarten, dass es zu immer schlimmeren Katastrophen kommen wird, aber die EU-Mitgliedsstaaten steckten den Kopf in den Sand. Erst jetzt wollen sie erste Schritte setzen, die Such- und Rettungsaktionen zu verbessern und legale Einreise zu ermöglichen.

Wenig präsent in der Asyldebatte ist unserer Meinung nach die Situation von Frauen auf der Flucht, die zusätzlich zu Fluchtgründen, wie Krieg und politische Verfolgung auch vor sexueller Gewalt fliehen, diese aber auf den riskanten Fluchtrouten abermals erfahren. Amnesty dokumentiert die traumatisierenden Fluchterfahrungen von Frauen in einem Bericht über Libyen. Das Thema sexuelle und reproduktive Rechte wird für uns mit der Kampagne „**Mein Körper. Meine Rechte**“ auch in diesem Jahr ständig präsent sein. Im Iran will die Regierung, um das Bevölkerungswachstum anzukurbeln, Verhütung erschweren und Kinderlose auf dem Arbeitsmarkt benachteiligen. Amnesty wendet sich an Abgeordnete, die geplanten Gesetze nicht zu beschließen.

Nicht in dieser Ausgabe - weil wir vor dem Erscheinen dieses Heftes auf eine Lösung

hoffen - aber auf unserer Website zu lesen ist das schlimme Schicksal eines zehnjährigen, vom Stiefvater vergewaltigten schwangeren Mädchens in Paraguay. Die Behörden weigern sich, einen Schwangerschaftsabbruch zu erlauben, obwohl die Gesundheit der Kleinen in ernster Gefahr ist. Mehr als 500.000 Amnesty-Unterstützer_innen haben bereits an die Behörden appelliert. Es gibt weltweit beachtliches mediales Interesse an dem Fall.

Immer Thema für unsere Bewegung sind **Menschenrechtsverteigerinnen**. Besonders riskant leben diese in Afghanistan, wo Frauenrechte von der Regierung und der Öffentlichkeit nicht ernst genommen werden. Aktivistinnen werden laufend bedroht, einige wurden ermordet.

Im Iran setzen wir uns für die abermals verhaftete Aktivistin Narges Mohammadi ein, die gesundheitlich schwer angeschlagen ist, weil ihr lebenswichtige Medikamente verweigert wurden. Und in Israel droht einer palästinensischen Parlamentarierin ein unfaires Verfahren vor dem Militärgericht.

Bitte unterstützen Sie unser Appelle wieder. Ihre Briefe können Leben retten und Hoffnung schenken. Es kostet Sie nur ein paar Minuten und vier Briefmarken.

Ihr Amnesty-Netzwerk Frauenrechte

TROMMELAKTION ZUR KAMPAGNE MEIN KÖRPER. MEINE RECHTE

Mit einer viel beachteten Aktion anlässlich des Internationalen Frauentags machten Aktivist_innen der Region Wien/NÖ am 14. März auf der Wiener Mariahilfer Straße auf das Recht auf Selbstbestimmung aufmerksam. Unterstützt von den fulmi-

nanten Trommlerinnen von RambaSamba wurden die Amnesty-Forderungen zu einem internationalen Manifest für sexuelle und reproduktive Rechte vorgetragen. Am Infotisch luden wir ein, das Manifest und Appellbriefe zu unterschreiben.



SOS EUROPA DIE TÖDLICHSTE ROUTE DER WELT

Der dramatische Anstieg der Todesfälle im Mittelmeer seit dem Ende von Mare Nostrum kam als Schock aber nicht unerwartet. Zögerlich entschließt sich die EU endlich, die Rettungsmaßnahmen zu verbessern.

Vor dem EU-Gipfel in Brüssel Ende April rief Amnesty International die Europäischen Regierungen auf, unverzüglich wirksame Schritte zu ergreifen, um die fortlaufende Katastrophe im Mittelmeer zu beenden, die bereits tausenden Flüchtlingen und Migrant_innen das Leben gekostet hat.

Im aktuellen Bericht „Europe’s sinking shame: The failure to save refugees and migrants at sea“ legt Amnesty International Daten vor, die das Ausmaß dieser humanitären Krise im zentralen Mittelmeer verdeutlichen. Zeugenaussagen zeigen die Auswirkungen auf das Leben und die Rechte der Betroffenen und die große Lücke bei Such- und Rettungsoperationen, die das Ende von Mare Nostrum und die Einführung der Operation Triton hinterlassen hat. Trotz der schlechten Wetterlage ist in den ersten dreieinhalb Monaten des Jahres 2015 die Anzahl der Flüchtlinge und Migrant_innen, die versuchen, über den Seeweg nach Europa zu kommen, angestiegen. Über 21.000 Menschen haben dieses Jahr die Küste Europas erreicht. Die Such- und Rettungsoperation Mare Nostrum einzustellen, hatte demnach nicht den abschreckenden Effekt gehabt, auf den manche europäische Regierungen spekuliert hatten. Während das Ende von Mare Nostrum nicht zu einem Rückgang der Überfahrten führte, stiegen die Todesfälle dramatisch an.

KEINE LEGALE EINREISE MÖGLICH. Während der Laufzeit von Mare Nostrum überlebte durchschnittlich einer von 50 Menschen die Überfahrt nach Europa nicht. In den ersten drei Monaten 2015 waren es bereits einer von 23. Die Mittelmeerroute in Europa bleibt damit die gefährlichste und tödlichste Route der Welt. Flüchtlinge und Migrant_innen werden sie trotzdem weiterhin nehmen. Grund dafür sind die Gefahren, die ihnen in ihren Heimatländern drohen, das Elend, das sie in den Nachbarländern erwartet, die verschlossenen Landrouten, die viel zu geringen Resettlementplätze (= dauerhafte Neuansiedlung) und die völlig unzureichenden regulären Routen nach Europa.

Am 13. Mai legte die Europäische Kommission neue Vorschläge zur Asylpolitik und zur Aufnahme von Flüchtlingen in Europa vor, dies in Reaktion auf die wiederholten Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer. Amnesty International begrüßt die Vorschläge als zwar kleinen, aber wichtigen Schritt in die richtige Richtung, was die Haltung Europas gegenüber der globalen Flüchtlingskrise angeht. Die Agenda zur Migrationspolitik anerkennt endlich klar die Notwendigkeit effizienter Such- und Rettungsaktionen, um Flüchtlinge vor dem Ertrinken zu retten.

GEGEN UNRECHT. Die Initiative „Gegen Unrecht“, eine Plattform aus zahlreichen NGOs, unter ihnen auch Amnesty, fordert auf, eine Petition an die österreichische Regierung zu unterzeichnen:

Wir fordern die österreichische Bundesregierung auf, sich innerhalb der EU für eine menschliche Politik im Umgang mit schutzsuchenden Menschen einzusetzen:

- ◆ Sofortige Wiedereinführung der Rettungsaktion Mare Nostrum 2.0 mit Rettungsbooten durch gemeinsame Mittel aller EU-Mitgliedsstaaten im Mittelmeer
- ◆ Sicherem und legalen Zugang für schutzsuchende Menschen, um in Europa Asyl zu beantragen
- ◆ Rasche Einberufung eines EU-Gipfels der EU-Regierungschefs/Chefinnen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft um eine gemeinsame, menschliche europäische Flüchtlingspolitik zu erreichen.



GEGEN UNRECHT
Bitte unterschreiben Sie die Online-Petition auf <http://www.gegen-unrecht.at/>

LIBYEN

TÖDLICHE FALLE FÜR FLÜCHTLINGE

Flüchtlinge und Migrant_innen werden in Libyen gefoltert, entführt, versklavt und sexuell missbraucht.

Zu diesem Schluss kommt Amnesty International im Bericht „Libya is full of cruelty: Stories of abduction, sexual violence and abuse from migrants and refugees“.

Es gibt auch gezielte Gewalt islamistischer Gruppen gegen Christ_innen, die zumeist aus Ägypten, Äthiopien, Eritrea und Nigeria kommen. Zuletzt tötete der sogenannte Islamische Staat 49 Christ_innen in Libyen.

Die von der EU angestrebte Zerstörung von Schlepperbooten würde die Situation für Ausländer_innen in Libyen nach Ansicht von Amnesty International noch verschärfen. „Wenn die EU ihre Pläne umsetzt, sitzen die Flüchtlinge vollends in der Falle“, sagt Cyrielle Huguenot von Amnesty International Schweiz. „Da

sien und Ägypten auf, ihre Grenzen für Flüchtlinge offen zu halten. Die immer dramatischere Situation in Libyen treibt auch Menschen in die Flucht, die dort bisher Arbeit und Schutz gefunden hatten.

Der Amnesty-Bericht beschreibt Fälle von Entführung, Erpressung, Vergewaltigung und Folter durch Schmuggler und bewaffnete Banden auf dem Weg nach und durch Libyen ebenso wie die grausame Behandlung in den Flüchtlingslagern, in denen libysche Behörden Männer, Frauen und Kinder auf unbestimmte Zeit einsperren.

FLÜCHTLINGSFRAUEN UND MIGRANTINNEN in Anhaltelagern und Gefängnissen berichteten von Vergewaltigung und sexuellen Übergriffen: eine Nigerianerin, die aus einem Lager in Sabratah entlassen worden war erzählt: „Ich war zwei Monate im Gefängnis. Es war ein Frauengefängnis, aber es gab nur Männer als Wärter. Wir waren Frauen aus Tunesien, Gambia, Ghana, Kamerun, Somalia und Nigeria. Sie schlugen uns mit Rohren auf den Rücken und auf die Beine. Sie schlugen sogar schwangere Frauen. In der Nacht kamen sie und wollten mit uns schlafen. Einige Frauen wurden vergewaltigt. Eine wurde nach der Vergewaltigung schwanger. Mich rührten sie nicht an, weil ich schwanger war. Ich habe so viel gelitten im Gefängnis. Deshalb wollte ich nach Europa.“ Eine Somalierin, die nach Libyen kam, nachdem ihr Mann von den Al-Shabab Milizen getötet worden war, sagte: „Wenn du einen starken Mann an deiner Seite hast, der dich beschützen kann, kommt dir niemand zu nahe. Aber wenn du als Frau allein bist, wird es schlimm.“

„Die Zustände in Libyen hat die Staatengemeinschaft durch ihre Untätigkeit mitverschuldet“, sagt Huguenot. „Seit dem Ende des NATO-Militäreinsatzes 2011 haben westliche Staaten tatenlos zugesehen, wie Libyen in Gesetzlosigkeit versinkt und bewaffnete Gruppen das Land ins Chaos stürzen. Sie dürfen jetzt nicht das Leid der Flüchtlinge und Migrant_innen in Libyen ignorieren.“



Afrikanische Migrant_innen auf dem Weg in ein Gefängnis in Zawiya, Juni 2014 © Reuters

auch Ägypten und Tunesien beginnen, ihre Grenzen zu schließen, bleibt ihnen der gefährliche Weg über das Mittelmeer als einzige Chance, der zunehmenden Gewalt und Grausamkeit in Libyen zu entkommen.

Amnesty International fordert von der EU, die Seenotrettung auf dem Mittelmeer deutlich auszudehnen und mehr Aufnahmeplätze für Flüchtlinge in der EU zu schaffen. Ohne sichere und legale Fluchtwege bleibt Tausenden nichts anderes übrig, als sich in die Hände skrupelloser Schlepper zu begeben. Angesichts der zunehmenden Gewalt in Libyen fordert Amnesty auch die Nachbarländer Tunesien

INTERNATIONAL FRAUEN AUF DER FLUCHT

Frauen flüchten wie Männer vor Verfolgung und Kriegen. Es gibt aber geschlechtsspezifische Fluchtgründe und besondere Gefahren für Frauen und Mädchen in den Flüchtlingslagern.

Wenn von Flüchtlingen die Rede ist, stehen vor allem verfolgte Männer im Blickfeld der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung. Tatsächlich sind nach Schätzungen der UN weltweit ca. 80 Prozent der Flüchtlinge Frauen und Kinder. Die wenigsten von ihnen schaffen jedoch mit ihren Kindern den langen Weg nach Europa. Flüchtlinge, denen die Flucht in europäische Länder gelingt, sind zu 75 Prozent Männer.

Neben den allgemeinen Fluchtgründen wie bewaffneten Auseinandersetzungen, Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen, die für Frauen und Männer gleichermaßen gelten, flüchten Frauen wegen weiterer geschlechtsspezifischer Gewalterfahrungen:

- ◆ sexuelle Gewalt durch Polizisten und andere staatliche Amtsträger
- ◆ Massengewalt als Mittel der Kriegsführung in ethnischen Konflikten
- ◆ Verstoß gegen kulturelle Normen, z.B. Kleiderregeln
- ◆ Genitalverstümmelung
- ◆ Zwangsverheiratung
- ◆ Zwangsprostitution

AUF SICH ALLEIN GESTELLT. Angst ist der ständige Begleiter von Frauen auf der Flucht – Angst vor Gewalt und sexuellen Übergriffen, Hunger und Krankheit, dem Verlust von Angehörigen und einer ungewissen Zukunft. Frauen verlassen ihre Heimat meist allein mit den Kindern und älteren Familienangehörigen, weil ihre Ehemänner, Väter oder Brüder getötet, gefangengenommen oder als Rebellen oder Soldaten eingezogen wurden. Unter schwierigsten Bedingungen sichern diese Frauen das Überleben ihrer Familien.

LEBEN IM FLÜCHTLINGSLAGER. Das Leben in den Flüchtlingslagern und Notunterkünften ist besonders für kranke oder alleinstehende Frauen mit Kindern schwierig. Es kann passieren, dass sie nicht zu den Verteilerstellen



kommen können, wo sie Wasser, Lebensmittel oder Hilfsgüter für den alltäglichen Gebrauch erhalten oder Schwierigkeiten haben, weil ihre Familien ohne männliches Familienoberhaupt nicht als Haushalt zählen. Zudem bietet ein Flüchtlingslager häufig nicht den Schutz, den die Frauen in ihren eigenen Häusern, Dörfern und Gemeinden hatten. Schlecht beleuchtete Lager, abgelegene sanitäre Anlagen, die nicht nach Geschlechtern getrennt sind und lange Wege zu Wasserstellen und Plätzen mit Feuerholz gefährden Frauen und Mädchen besonders. Oft sind die Lager nur ungenügend vor Eindringlingen von außen geschützt. Viele werden nicht nur auf der Flucht Opfer von sexueller Gewalt, sondern erleben sie auch in den Lagern. Frauen, die Gewalt erfahren haben, leiden unter psychischen Langzeitfolgen, Depressionen bis hin zu Selbstmordgedanken und ihrer sozialen Isolation.

Frauen und Kinder vom italienischen Marineschiff Virginio Fasan im Rahmen von Mare Nostrum im August 2014 gerettet

*Alle Fotos dieser Ausgabe, wenn nicht gekennzeichnet:
©Amnesty International*

AFGHANISTAN

DAS GEFÄHRLICHE LEBEN VON FRAUENRECHTS- VERTEIDIGERINNEN

Im Visier von Taliban, Kriegsherren und Regierungsbeamten: Frauenrechtsaktivistinnen werden ständig bedroht, einige wurden ermordet. Die Rechte von Frauen werden von den Behörden gering geschätzt.

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief ab und fordern Sie Schutz für Frauenrechtsaktivistinnen.

Aktion läuft bis Ende 2015

Frauen leben in Afghanistan gefährlich - umso mehr, wenn sie sich für Frauenrechte engagieren. Die Gewalt reicht von Drohungen über sexuelle Übergriffe bis hin zu Mord. Ein neuer Bericht von Amnesty International dokumentiert die Situation anhand von neun Fallstudien.

In den vergangenen 14 Jahren haben sich Frauen in Afghanistan einiges an gesetzlichen Verbesserungen erkämpft. Auch der Westen hat viel unternommen und viel Geld investiert, um ihr Los zu verbessern. Doch die Realität der alltäglichen Gewalt an Frauen ist heute eher noch schlimmer als vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen im Jahr 2001.

In diesem Bericht zu Frauenrechtsverteidigerinnen in Afghanistan dokumentiert Amnesty International, wie Ärztinnen, Lehrerinnen, Anwältinnen, Journalistinnen, Aktivistinnen, ja sogar Polizeibeamtinnen nicht nur von den Taliban, sondern auch von Kriegsherren und Regierungsbeamten ins Visier genommen

werden. Ihre Autos werden bombardiert, ihre Häuser mit Granaten beworfen, Familienmitglieder werden getötet, und etliche Frauen haben ihr Engagement mit dem Leben bezahlt.

Solche Verbrechen werden jedoch kaum je ernsthaft untersucht, noch weit seltener wird jemand dafür zur Rechenschaft gezogen und verurteilt. Frauenrechtsverteidigerinnen werden nicht unterstützt und nicht wirksam geschützt, wie dies das internationale Recht verlangen würde. Amnesty International appelliert dringlich an die neue Regierung wie auch an die internationale Gemeinschaft, Frauen in Afghanistan nicht weiter im Stich zu lassen.

BEDROHUNG UND ÄCHTUNG. Als Folge der von den USA geführten Intervention in Afghanistan versprach die Regierung, sich mehr für Frauenrechte einzubringen. Vor allem Frauenrechtsaktivistinnen spielen eine wesentliche Rolle im Kampf um den Fortschritt der Frauenrechte und der Geschlechtergleichberechtigung. Leider werden viele von ihnen für ihre Arbeit verfolgt oder müssen sogar mit dem Leben dafür bezahlen.

Dabei stellen besonders konservative Gesellschaftsgruppen wie die Taliban, andere bewaffnete Kollektive und bestimmte Regierungsmitglieder eine Gefahr für die Aktivistinnen dar, da sie deren Arbeit als Bedrohung für kulturelle, religiöse und soziale Normen ansehen und darstellen.

Auch kommt es häufig zu Drohungen oder Angriffen aus den eigenen familiären Reihen, da diese sich ihrer „unbequemen“ Familienmitglieder schämen und gesellschaftliche Ächtung fürchten.

STRAF-, RECHT- UND SCHUTZLOS. Die Täter handeln im Wissen um die herrschende Straffreiheit. Es ist allgemein bekannt, dass die zu-



In den vergangenen 14 Jahren haben sich Frauen in Afghanistan einiges an gesetzlichen Verbesserungen erkämpft.
© Marcus Perkins für Amnesty International



ständigen Behörden im Falle einer Verletzung der Frauenrechte - wenn überhaupt - träge, oft aber auch gar nicht reagieren.

Zur Straffreiheit trägt auch der fehlende politische Wille einer Änderung bei. Wer in Afghanistan Macht hat, kann ungestraft Frauenrechte verletzen und Aktivistinnen bedrohen.

In den Augen der Behörden sind die Belange der Frauenrechtsaktivistinnen von geringer Bedeutung. Vielerorts wird berichtet, dass die Polizei Bedrohungen kleinredet und damit weitere strafrechtliche Konsequenzen unterbindet.

Frauen und Frauenrechtsaktivistinnen erfahren also weder staatlichen Schutz noch Gerechtigkeit, wenn ihre Rechte verletzt werden.

Die afghanische Regierung und ihre internationalen Partner müssen dafür sorgen, dass Frauenrechtsaktivistinnen ihre Arbeit ausführen können, ohne ständig in Angst vor Gewalt, Verfolgung oder Bestrafung leben zu müssen. Menschen, die Frauenrechte verletzen, müssen sich vor Gericht verantworten.

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT DIE AFGHANISCHE REGIERUNG DAZU AUF

◆ Frauen im öffentlich-politischen Sektor denselben Schutz zu gewährleisten wie ihren Kollegen

◆ Frauenrechtsaktivistinnen zu jedem Zeitpunkt ernst zu nehmen und zu schützen

◆ die Straffreiheit zu beenden und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen

◆ Strategien zu entwickeln, die einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel im Bezug auf Frauen- und Menschenrechte erreichen können.

Schließlich sollte die internationale Gemeinschaft die afghanischen Aktivistinnen durch Interventionen und andere Maßnahmen unterstützen und beschützen. Das kürzlich von der EU publizierte Strategiepapier zum Thema Menschenrechte und Aktivistinnen liefert dafür wertvolle Ansätze. Effektive Veränderungen sollten von allen involvierten Staaten als Priorität betrachtet werden.

*Einen Link zum vollständigen englischen Bericht **THEIR LIVES ON THE LINE: WOMEN HUMAN RIGHTS DEFENDERS UNDER ATTACK IN AFGHANISTAN** finden Sie auf unserer Website <http://frauenrechte.amnesty.at>*

Fauzia Nawabi von der Unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission spricht mit Bewohnerinnen eines Hauses für bedrohte Frauen.

IRAN „IHR SOLLT EUCH VERMEHREN“

Frauen im Iran droht eine massive Beschneidung ihrer Rechte. Mit gleich zwei Gesetzesinitiativen will die Regierung der sinkenden Geburtenrate im Land entgegenwirken. Damit würde der Zugang zu Verhütungsmitteln und zum Arbeitsmarkt für Frauen stark eingeschränkt.

Schon durch die bestehenden Gesetze und Vorschriften werden Frauen und Mädchen im Iran in vielfältiger Weise diskriminiert. Die neuen Gesetze zur Erhöhung der Bevölkerungszahl würden weitere Nachteile hinzufügen. Mit einem dieser Entwürfe soll der Zugang zu legalen Verhütungsmethoden erheblich eingeschränkt werden. Darunter fällt das Verbot der freiwilligen Sterilisation, die die zweithäufigste legale Verhütungsmethode im Land ist. Der zweite Gesetzentwurf sieht die gezielte Diskriminierung am Arbeitsmarkt von nicht verheirateten bzw. kinderlosen Frauen vor.

Ziel der Gesetze ist, wie der religiöse Führer Ayatollah Khamenei verkündete, die Bevölkerungszahl in etwa zu verdoppeln: auf mindes-

tens 150 Millionen. Offenbar will man die politische Stärke des Iran in der Region durch steigende Geburtenraten demonstrieren. Das hätte zur Folge, dass Frauen aus dem Berufsleben verdrängt und auf ihre Funktion als „Gebärmaschinen“ reduziert werden. Darüber hinaus würden die Gesetze auch die Lebensplanung und das Leben schwangerer Frauen gefährden: mehr ungewollte Schwangerschaften und illegale und gefährliche Schwangerschaftsabbrüche, die einen der Hauptgründe von Müttersterblichkeit darstellen, sind abzusehen.

„Mehr Kinder, ein glücklicheres Leben“: Werbepostcard für eine größere Familie im Iran

© IRNA





(Gesetz 446) verbietet die Verhütungsmethode der Sterilisation, außer wenn das Leben der Frau in Gefahr wäre. Es untersagt zudem „jede werbende Information im Hinblick auf Verhütung“. Verbunden damit ist der Wegfall staatlicher Mittel für das bestehende staatliche Programm zur Familienplanung. Eine Zunahme unerwünschter Schwangerschaften ist absehbar.

Das zwänge mehr Frauen zu ungesetzlichen und unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen. Der erschwerte Zugang zu Kondomen, die bislang von städtischen Kliniken und ländlichen Gesundheitszentren verteilt wurden, könnte zu einem Anstieg von Geschlechtskrankheiten, einschließlich HIV, führen.

DISKRIMINIERUNG VON KINDERLOSEN. Das Umfassende Gesetz zur Bevölkerungsentwicklung und Aufwertung der Familie (Gesetz 315) weist alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber_innen an, Männer mit Kindern, verheiratete Männer und verheiratete Frauen mit Kindern für bestimmte Stellen bevorzugt einzustellen. Dies wird durch finanzielle Erleichterungen belohnt. Es verbietet die Einstellung von Alleinstehenden als Lehrende an Schulen oder Universitäten, außer wenn keine qualifizierten verheirateten Bewerber_innen vorhanden sind. Anwalt/Anwältin für Familienrecht soll nur werden können, wer verheiratet ist. Frauen soll das vollständige oder vorübergehende Ausscheiden aus dem Beruf u.a. durch verbesserte Regelungen für Mutterschaftsurlaub oder flexible Arbeitszeiten erleichtert werden.

Das Gesetz steht im Einklang mit den politischen Richtlinien des „Staatlichen Rates für die Kulturrevolution“ von 1992. Dort heißt es: „Die Rolle einer Frau in der Familie ist ihre Hauptaufgabe.“ Schon heute sind nur 17% aller Frauen im Iran berufstätig oder suchen Arbeit, obwohl sie mehr als die Hälfte aller Studierenden stellen. Die offizielle Arbeitslo-



senrate von Frauen ist mit 16,8% fast doppelt so hoch wie die von Männern (9,1%). Frauen arbeiten allgemein in schlechter bezahlten Jobs und erhalten bei gleicher Arbeit weniger Lohn.

Hinzu kommen Vorschriften über die Trennung nach Geschlechtern am Arbeitsplatz. In manchen Fällen führt dies dazu, dass gewisse Tätigkeiten für Frauen verboten werden. Im August 2014 kündigte die Polizeiverwaltung an, dass Frauen in Cafés oder traditionellen Restaurants nicht beschäftigt werden dürfen, außer in der Küche. Auch wurden öffentliche Auftritte von Musikerinnen in mehreren Provinzen untersagt.

SCHEIDUNG WÜRDEN NOCH SCHWIERIGER. Ein zweiter Schwerpunkt des Gesetzes ist, Scheidungen möglichst zu verhindern. Anwalt_innen und Richter sollen einen beruflichen Bonus bekommen, wenn sie möglichst viele scheidungswillige Ehepaare zur Versöhnung überreden. Auch Polizei und Wohlfahrtseinrichtungen sollen Familienstreitigkeiten möglichst durch Vermittlung und Beratung beilegen. Das würde Scheidungen erschweren und brächte für Frauen in problembeladenen Ehen ein erhöhtes Risiko häuslicher Gewalt. Nach dem iranischen Zivilrecht müssen schon jetzt Frauen, die sich scheiden lassen wollen, nachweisen, dass sie „unerträgliche

Seit Jahren kämpfen Irans Frauen für Gleichberechtigung. Demo zum Weltfrauentag 2006

© Arah Ashoorinia, www.kosoof.com

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief ab und fordern Sie, die diskriminierenden Gesetze nicht zu beschließen.

Aktion läuft bis Ende Juni 2015

IRAN: „IHR SOLLT EUCH VERMEHREN“

Möchten Sie unseren monatlichen Newsletter per E-Mail erhalten? Bitte schreiben Sie an frauenrechte@amnesty.at

Leiden“ ertragen hatten. Sexuelle Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen sind im Iran weit verbreitet. Hinzu kommen das traditionelle Rollenverständnis, die Nachteile, die Frauen bei einer Scheidung hinnehmen müssen, und die Tatsache, dass Scheidungsrichter, wie alle Richter, Männer sind. Deshalb könnte auch dieses Gesetz zu einer erhöhten Gefährdung für Leib und Leben von Frauen führen. Die iranischen Behörden versuchen mit diesen Gesetzen, den Fortschritt für Frauen einzuschränken und sie auf die Rolle als Mutter und Ehefrau einzuengen. Statt die Liste der Diskriminierungen an Frauen im Iran zu vergrößern, sollten nach Ansicht von Amnesty International die Behörden anerkennen, dass Frauen menschliche Wesen mit den gleichen Grundrechten wie Männer sind, und es ihnen ermöglichen, in Freiheit und Würde zu leben.

DIE VIELFÄLTIGEN BENACHTEILIGUNGEN FÜR FRAUEN UND MÄDCHEN

- ◆ Sie sind von Schlüsselstellungen im Staat ausgeschlossen – sie können z. B. nicht Richterinnen oder Staatspräsidentinnen werden.
- ◆ Frauen benötigen zur Aufnahme einer Arbeit oder für eine Auslandsreise die Zustimmung ihres Mannes oder Vaters.
- ◆ Die Bekleidungs Vorschriften sind für Frauen weitaus strenger als für Männer, was die Verhüllung des Körpers betrifft. Es herrscht Kopftuchpflicht.
- ◆ Straftaten gegen Frauen werden weniger streng bestraft als solche gegen Männer.
- ◆ Eine Zeugenaussage einer Frau vor Gericht zählt halb so viel wie die eines Mannes.
- ◆ Das „Blutgeld“ als Vergeltung für den Tod einer Frau beträgt die Hälfte der Summe, die für einen Mann gilt.
- ◆ Bei Erbschaften erhalten Frauen in der Regel halb so viele Anteile wie Männer.
- ◆ Obwohl das gesetzliche Mindestalter für die Eheschließung von 9 auf 13 Jahre heraufgesetzt wurde, können Väter weiterhin die Erlaubnis erhalten, ihre Töchter auch früher zu verheiraten – auch an Männer, die viel älter als diese sind.

- ◆ Das Alter der Strafmündigkeit liegt für Frauen bei 9 Jahren, für Männer bei 14 Jahren.
- ◆ Männer dürfen Mehrfachehen (Polygamie) und Ehen auf Zeit schließen, Frauen nicht.
- ◆ Das Strafgesetz kennt keinen Straftatbestand der Vergewaltigung in der Ehe, da uneingeschränkter Zugang zu Sexualität als Recht des Ehemanns angesehen wird.
- ◆ Nach dem gültigen Zivilrecht erhält die Frau keinen Unterhalt, wenn sie sich den „Ehepflichten“ entzieht. Das kann Ablehnung von Sex mit dem Ehemann bedeuten, aber auch Aufenthalt außer Haus ohne Erlaubnis des Ehemannes.
- ◆ Männer haben ein uneingeschränktes Recht auf Scheidung, Frauen nur in Ausnahmefällen (z. B. wenn der Mann geisteskrank oder drogensüchtig ist). Dieses Recht ist für Frauen praktisch nur sehr schwer durchzusetzen. Nach einer Scheidung erhält in der Regel der Mann das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder.
- ◆ Durch festgesetzte Quoten sollen Studentinnen von den Universitäten ferngehalten werden. Frauen dürfen an einigen Universitäten nicht mehr bestimmte Fächer wie Ingenieurwissenschaften, Betriebswirtschaftslehre, öffentliche Verwaltung oder auch englische Literatur studieren.
- ◆ Frauen dürfen in öffentlichen Stadien nicht an Sportveranstaltungen wie Fußball oder Volleyball teilnehmen oder zuschauen.
- ◆ Auch am Arbeitsplatz sollen Männer und Frauen möglichst getrennt werden.

Einen Link zum vollständigen englischen Amnesty-Bericht YOU SHALL PROCREATE: ATTACKS ON WOMEN'S SEXUAL AND REPRODUCTIVE RIGHTS IN IRAN (Du sollst dich fortpflanzen: Angriff auf die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen im Iran), März 2015, finden Sie auf unserer Website <http://frauenrechte.amnesty.at> Zusammenfassung: Iran-Koordinationsgruppe Amnesty Deutschland. www.amnesty-iran.de

GUTE NACHRICHTEN

ERFOLGE FÜR FRAUEN UND FRAUENRECHTE

CHINA: FÜNF FRAUENRECHTSAKTIVISTINNEN GEGEN KAUTION FREIGELASSEN. Die fünf Frauenrechtsaktivist_innen, die nach der Planung von Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag festgenommen worden waren, wurden am 13. April gegen Kaution freigelassen. Die Festnahme hatte sowohl in China als auch



international einen empörten Aufschrei auslöst. Wang Man, Wei Tingting, Li Tingting und Zheng Churan waren am 6. März, Wu Rongrong am 7. März festgenommen worden. Sie hatten für den 7. März öffentliche Veranstaltungen geplant, bei denen sie ein Ende der sexuellen Belästigung in öffentlichen Verkehrsmitteln fordern wollten, die in zahlreichen Städten Chinas an der Tagesordnung ist.

SAUDI ARABIEN: ZWEI FRAUENRECHTLERINNEN, DIE WEGEN AUTOFAHRENS INHAFTIERT WORDEN WAREN, FREIGELASSEN. Loujain al Hathloul und Maysaa al Amodi sind Unterstützerinnen einer Bewegung, die fordert, dass Frauen in Saudi Arabien Auto fahren dürfen. Sie waren am 30. November 2014 bzw. am 1. Dezember 2014 festgenommen worden.

Beide Frauen waren daraufhin vor das Sonderstrafgericht in Riad, Saudi Arabiens Antiterrorgericht, gestellt worden und mussten sich wegen einer Reihe von Anklagen verantworten, die im Zusammenhang damit standen, dass sie Auto gefahren waren und weil sie online eine Bewegung unterstützt hatten, die fordert, dass Frauen in Saudi Arabien Auto fahren dürfen. Bei ihrer Haftentlassung teilte man den Frauen offenbar mit, dass ihr Fall eingestellt worden sei und sie zu keinen weiteren Anhörungen erscheinen müssen. Trotzdem bleibt unklar, unter

welchen Bedingungen sie freigelassen wurden und ob sie weiterhin rechtliche Konsequenzen zu fürchten haben.

SÜDAFRIKA: MEDIZINISCHE BETREUUNG FÜR SCHWANGERE VERBESSERT. Im Januar 2015 hat die Amsterdam Clinic in der Gemeinde Mkhondo, Provinz Mpumalanga die Öffnungszeiten der vorgeburtlichen medizinischen Versorgung von zwei Tagen in der Woche auf sieben Tage verlängert. Die Wartezeiten haben sich deutlich verkürzt, die Frauen und Mädchen, die auf den Farmen arbeiten, brauchen sich nicht mehr unbezahlt freizunehmen, wenn sie zu Untersuchungen gehen. Das war mit ein Hinderungsgrund für viele, die Ambulanz aufzusuchen.

NORWEGEN: GROSSER SCHRITT FÜR DIE RECHTE VON TRANSGENDER. Das Expert_innenkomitee des norwegischen Gesundheitsministeriums empfiehlt der Regierung weit reichende Änderungen bei der rechtlichen Anerkennung von Transgender. Damit würden mehr als 30 Jahre diskriminierender Praktiken enden. Amnesty hatte sich dafür während des Briefmarathons am Beispiel des Falles von John Jeanette Solstad Remø (Foto) intensiv engagiert.



INTERNATIONAL: STAATEN VERPFLICHTEN SICH ZU MEHR MITTELN FÜR GLEICHSTELLUNG. Die Politische Erklärung bei der 59. Sitzung der UN-Frauenstatuskommission im März 2015 bestätigte die Bedeutung der Pekinger Aktionsplattform und die Wichtigkeit ihrer Umsetzung. Diese definierte 1995 die strategischen Ziele und Maßnahmen zur Förderung der Rechte von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter. Die Staaten verpflichten sich in der aktuellen Erklärung zur vollen, effektiven und beschleunigten Umsetzung sowie u.a. zur Mobilisierung erhöhter Finanzmittel, um die Umsetzung zu beschleunigen.

Die UN-Frauenstatuskommission (CSW) tritt einmal jährlich zusammen, um den Stand der Umsetzung der Frauenrechte weltweit im Rahmen der Staatengemeinschaft zu evaluieren. Amnesty gab in den letzten Jahren eine Reihe von Empfehlungen zu sexuellen und reproduktiven Rechten ab.

IRAN

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERIN IN HAFT

Die iranische Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi wurde Anfang Mai festgenommen und vor Gericht gestellt. Die Anklagen gegen sie stehen mit ihrem Engagement für die Menschenrechte im Zusammenhang. Sie ist eine gewaltlose politische Gefangene.



Narges Mohammadis Gesundheitszustand ist besorgniserregend, da sie im Gefängnis nicht die erforderlichen Medikamente erhält.

Die Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi ist am Morgen des 5. Mai in ihrem Haus festgenommen worden. Sicherheitskräfte hatten gedroht, ihre Haustür aufzubrechen, sollte sie sie nicht freiwillig öffnen. Anschließend wurde Narges Mohammadi in das Evin-Gefängnis in Teheran gebracht. Zwei Tage vor ihrer Festnahme war sie zur ersten Anhörung in ihrem Gerichtsverfahren vor der Abteilung 15 des Revolutionsgerichts in Teheran erschienen. Ihr werden Vergehen gegen die nationale Sicherheit vorgeworfen, darunter „Verbreiten von Propaganda gegen das System“ und „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“. Vor ihrer Festnahme gab Narges Mohammadi gegenüber Amnesty In-

ternational an, die Anklagen gegen sie seien ausschließlich aufgrund ihres friedlichen Engagements für die Menschenrechte erhoben worden. Ihren Angaben zufolge gründeten sich die Anklagen unter anderem darauf, dass sie Interviews gegeben und vor Hinrichtungen Versammlungen vor Gefängnissen abgehalten hatte, um die Familien der zum Tode Verurteilten zu unterstützen. Außerdem habe sie Kontakte zu anderen Menschenrechtsaktivist_innen, wie beispielsweise der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, unterhalten und sich im März 2014 mit Catherine Ashton, der damaligen Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, getroffen. Den Rechtsbeiständen von Narges Mohammadi wurde vor Prozessbeginn kein Einblick in ihre Verfahrensakte gewährt. Narges Mohammadi wird zudem „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation, deren Ziel die Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit ist“, vorgeworfen, da sie die Organisation „Step by Step to Stop Death Penalty“ gründete, eine Gruppe, die sich für die Abschaffung der Todesstrafe im Iran einsetzt. Narges Mohammadi hatte sich zuvor bereits von April bis Juli 2012 in Haft befunden. Vor ihrer Haftentlassung war ihr befristeter Freigang gewährt worden, damit sie eine Krankheit, die sich in Haft verschlimmert hatte, ärztlich behandeln lassen konnte. Narges Mohammadi leidet an epileptischen Anfällen und Sehverlust. Bis zu ihrer jüngsten Festnahme am 5. Mai hatte sie sich größtenteils in Freiheit befunden. Es ist nicht bekannt, ob ihre Festnahme mit dem vorherigen Gerichtsverfahren gegen sie oder nur mit den aktuellen Anklagen im Zusammenhang steht.

DER HINTERGRUND. Während ihrer ersten Anhörung am 3. Mai 2015 teilten Narges Mohammadis Rechtsbeistände dem Richter mit, dass sie ihre Mandantin nicht verteidigen könnten, da ihnen kein Zugang zu ihrer Verfahrensakte

gewährt worden war. Am 5. Mai sollten sie erneut vor Gericht erscheinen, um Einblick in ihre Verfahrensakte zu erhalten. Narges Mohammadi gab gegenüber Amnesty International an, der Richter habe sie wegen ihrer Meinung über die Todesstrafe beschuldigt, gegen den Islam zu sein. Im Jahr 2014 wurde sie zweimal aufgefordert, im Zusammenhang mit dem aktuellen Gerichtsverfahren gegen sie vor der Abteilung 2 des Büros der Staatsanwaltschaft zu erscheinen, einmal am 8. November 2014 und einmal zuvor am 30. Mai 2014. Als sie dieser Aufforderung am 1. Juni 2014 nachkam, wurde sie kurzzeitig inhaftiert, kam jedoch gegen eine Kaution in Höhe von einer Milliarde Rial (etwa 31.300 Euro) wieder frei.

SEIT JAHREN VERFOLGT. Narges Mohammadi, die Leiterin des iranischen Menschenrechtszentrums (Centre for Human Rights Defenders, CHRD), wurde erstmals am 10. Juni 2010 in ihrem Haus in Teheran festgenommen. Ihr Aufenthaltsort war einige Wochen lang unbekannt, bevor sie am 1. Juli 2010 gegen Kaution freigelassen wurde. Sie war wegen ihres Aktivismus von den iranischen Behörden wiederholt schikaniert worden: Im Jahr 2009 wurde sie an der Ausreise gehindert, als sie sich auf dem Weg zu einer Konferenz in Guatemala befand. Bei der von der Nobel Women's Initiative - einer Vereinigung von Friedensnobelpreisträgerinnen - organisierten Konferenz sollte sie eine Rede über die „Rolle der Frauen und Demokratie im Iran“ halten. Zudem lud man sie wiederholt zur Befragung vor Gericht vor und sagte ihr, sie solle ihre Arbeit mit dem CHRD beenden und den Kontakt zu Shirin Ebadi abbrechen.

Im Laufe der Jahre hat Narges Mohammadi aufgrund ihres Engagements für die Menschenrechte in mehreren Ländern Auszeichnungen erhalten. Im Juli 2009 konnte sie nicht nach Italien reisen, um den internationalen Alexander-Langer-Preis entgegenzunehmen. Es handelt sich hierbei um einen Men-

schenrechtspreis, der von der Alexander-Langer-Stiftung vergeben wird, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte einsetzt. Narges Mohammadis Kollegin Shirin Ebadi nahm den Preis in ihrem Namen entgegen. Neben ihrer Arbeit für das CHRD ist Narges Mohammadi auch Mitbegründerin des Komitees des CHRD zur Abschaffung der Hinrichtung von Kindern sowie des Nationalen Friedensrats, der auf den Abbau von internationalen Spannungen aufgrund der iranischen Nuklearpolitik abzielt, und des Komitees zur Verteidigung von freien und fairen Wahlen. Am Internationalen Frauentag am 8. März 2014 traf sich die damalige Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, während eines Besuchs im Iran mit einer Gruppe von Menschenrechtsverteidigerinnen, darunter auch Narges Mohammadi. Catherine Ashton war vom iranischen Außenminister Mohammad Javad Zarif eingeladen worden. Die iranischen Behörden kritisierten jedoch das Treffen mit den Menschenrechtsverteidigerinnen, und konservative Parlamentsabgeordnete legten eine formelle Beschwerde bei der österreichischen Botschaft in Teheran ein, die das Treffen zwischen Catherine Ashton und den Frauen organisiert und ausgerichtet hatte.

MAHNWACHE GEGEN HINRICHTUNGEN. Am 3. März 2015 nahm Narges Mohammadi mit den Familienangehörigen von sechs zum Tode verurteilten Männern an einer Mahnwache vor dem Raja'i-Shahr-Gefängnis in Karaj, nordöstlich von Teheran, teil. Die Mahnwache dauerte die ganze Nacht und war ein Versuch, die Hinrichtungen zu verhindern. Hamed Ahmadi, Jahangir Dehghani, Jamshid Dehghani, Kamal Molaei, Hadi Hosseini und Sediq Mohammadi wurden dennoch am darauffolgenden Tag hingerichtet. Am 25. Januar 2015 wurde Narges Mohammadi kurzzeitig inhaftiert, aber wieder freigelassen.

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief bis 16. Juni ab und verlangen Sie die sofortige Freilassung von Narges Mohammadi.

KENIA FRAUEN IN IHREN RECHTEN STÄRKEN

Genitalverstümmelung, obwohl in Kenia verboten, wird beim Volk der Gabra weiter praktiziert. Frühe Heiraten beeinträchtigen die Gesundheit von Mädchen und Frauen weiter. Das Projekt KNEF klärt auf und zeigt Alternativen.

An der VHS fand im März eine Veranstaltung zum Thema „Frauenrechte & traditionelle Praktiken“ statt. Dabei berichtete Gumato Ukur Yatani, Geschäftsführerin der NGO KNEF in Kenia, einer lokalen Partnerorganisation des Samariterbundes, über ein Projekt, das in Kenia die weibliche Genitalverstümmelung bekämpft. Durch das Projekt wird das Bewusstsein für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sowie die Folgen und Risiken von Genitalverstümmelung und früher Heirat gefördert. Hier finden Sie eine Zusammenfassung ihres Vortrags.

In Nordkenia an der Grenze zu Äthiopien lebt das Volk der Gabra. Es handelt sich um eine heiße Gegend mit Wasserknappheit. Die Menschen ziehen als Halbnomad_innen von einer Region zur anderen und leben von der Viehzucht. Die Frauen sind für die Errichtung der Häuser, das Wasserholen, die Kinder und das Melken der Tiere zuständig.

Die Region ist nicht nur sehr trocken, sie befindet sich auch in einem abgelegenen und schwer zugänglichen Gebiet. Es gibt kaum Zugang zu Bildung und Gesundheitsversor-

gung. Frauen und Mädchen sind von Armut und deren Folgen am stärksten betroffen und haben geschlechtsbedingt einen geringeren sozialen Status.

Sexualisierte Gewalt und Genitalverstümmelung (FGM) sind sehr verbreitet und bringen neben physischen und psychischen Qualen auch gesundheitliche Langzeitfolgen wie chronische Infektionen mit sich. Zudem trägt diese Praktik zu einer höheren Müttersterblichkeit, zur Verbreitung des HI-Virus und zu vorzeitigem Schulabbruch bei.

SCHÄDLICHE TRADITIONEN. Traditionen sind den Gabra sehr wichtig. Eine dieser Traditionen ist die Kinderehe. Mädchen im Alter von 10 bis 15 Jahren werden mit älteren Männern verheiratet. Dabei handelt es sich um arrangierte Ehen. Vor der Hochzeit kommt es zur „Beschneidung“ der weiblichen Genitalien.

Diese „Tradition“ der weiblichen Genitalverstümmelung führt manchmal auch zum Tod. Ein Grund dafür ist, dass ein Messer für bis zu zehn Mädchen verwendet wird, wobei es zu Infektionen kommt. Durch die „Beschneidung“ werden die Mädchen zu Frauen. Danach verfügen sie über die vollen Rechte und Pflichten in der Gemeinschaft. Daher wollen die Frauen auch beschnitten werden. Wenn ein Mädchen heiraten will, muss es beschnitten werden. Ein Grund dafür ist auch, dass das den vorehelichen Sex reduziert und für Jungfräulichkeit vor der Ehe sorgt.

Die „Beschneidung“ bindet ein Mädchen an die Gemeinschaft. Sie wird eins mit der Gemeinschaft durch das Vergießen des Blutes. Wenn ein Mädchen die Genitalverstümmelung ablehnt, ist sie nicht Teil der Gemeinschaft. Sie bleibt eine Außenseiterin. Es ist eine Schande für die Familie. Es ist auch schwierig, einen Mann zu finden.

Durch die Genitalverstümmelung wird das Mädchen erwachsen, heiratet und scheidet aus der Schule aus. Für die Verheiratung bekommt die Familie Tiere. Die „Beschneidung“

Gumato Ukur Yatani, Geschäftsführerin der NGO KNEF in Kenia

© Samariterbund

Mehr zum Projekt auf

<http://www.samariterbund.net>



**Besuchen Sie uns auf FACEBOOK:
amnestynetzwerkfrauenrechte
Folgen Sie uns auf TWITTER:
AIFrauenrechte**

und anschließende Verheiratung wird als Quelle des Reichtums gesehen.

PER GESETZ VERBOTEN. Gesetzlich ist die Genitalverstümmelung in Kenia verboten. Die neue Verfassung aus 2010 verbietet diese explizit. Strenge Haftstrafen sind bei Gesetzesverstößen vorgesehen. Die gesetzliche Regelung besteht zwar, es fehlt aber an deren Umsetzung. Die Bevölkerung kennt das Gesetz nicht. Außerdem wird die Genitalverstümmelung als Tradition angesehen, die wichtiger als das Gesetz ist. Nach dem Motto: „Traditionen bleiben, die Regierung wechselt.“

Ende 2013 begann ein einjähriges Projekt, das sich mit der Aufklärung von Buben und Mädchen in Schulen auseinandersetzte. Die Kinder sollten gestärkt werden, damit sie sich trauen, nein zu sagen. Die Beschneiderinnen wurden darüber informiert, dass sie gegen das Gesetz verstoßen. Am Beispiel einer Gemeinschaft schuf man ein Übergangsritual vom Mädchen zur Frau,

ohne dass es zur Beschneidung kommt. Im nächsten Schritt gab es ein Stakeholder-Forum, zu dem Mädchen, Frauen, aber auch Politiker_innen eingeladen waren. Auch ein Model wurde eingeladen. Das Model stammte aus einer Gemeinschaft, wo es keine Genitalverstümmelung gab. An ihrem Beispiel sollte gezeigt werden, dass Frauen auch ohne Beschneidung erfolgreich werden können. Durch die Aufklärung sollte sichergestellt werden, dass bereits Beschnittene anpassen, dass das ihren Schwestern nicht passiert. Nicht-Beschnittenen wur-

den Bilder gezeigt, ein Arzt erläuterte, was geschieht. So konnten die Mädchen überdenken, ob sie beschnitten werden wollten.

Als Folge nahmen die Genitalverstümmelungen ab.

Die NGO übt jetzt noch mehr Druck aus. In einem weiteren Projekt soll es zum Austausch zwischen Dorfgemeinschaften, in denen Genitalverstümmelung praktiziert wird und in solchen ohne diese Praxis kommen. Die Mitglieder der Gemeinschaften sollen sich besuchen.

Künftig wird sich das Projekt auf Beschneiderinnen konzentrieren, die gleichzeitig Hebammen sind. Für diese sind alternative Einkunftsquellen zu finden. Das könnte das Einführen eines alternativen Übergangsrituals sein. Möglich wäre etwa ein einwöchiges Separieren der Mädchen, bei dem über das Eheleben gesprochen wird. So würden die Beschneiderinnen auch weiter eine Einkunftsquelle haben.

Verbinde Sport mit sozialem Engagement und nimm an unseren Sportkursen teil!

Damit ermöglichst du Betroffenen von Frauenhandel und/oder Gewalt die kostenlose Inanspruchnahme unseres Angebots!

Bewegung und Sport im kleinen und familiären Rahmen

Footprint engagiert sich für Betroffene von Frauenhandel und/oder Gewalt. Wir unterstützen Frauen auf ihrem Weg aus der Gewaltsituation in einen neuen Lebensabschnitt. Wir bieten unter anderem Sozialberatung, Deutschkurse und Bewegungskurse (Förderung der Integration und emotionale Stärkung)kostenlos für Betroffene.

/organisationFOOTPRINT footprint.or.at

IMPRESSUM: Für den Inhalt verantwortlich: FOOTPRINT (ZVR-Zahl: 40043030), Juli 2014

ISRAEL / BESETZTE GEBIETE

PALÄSTINENSERIN DROHT UNFAIRES VERFAHREN

Die palästinensische Parlamentarierin Khalida Jarrar wird seit langem drangsaliert und eingeschüchtert. Jetzt ist sie in Haft und könnte in einem Verfahren vor einem israelischen Militärgericht zu zwei Jahren Haft verurteilt werden.

Der palästinensischen Parlamentarierin Khalida Jarrar droht wegen der gegen sie erhobenen Anklagen ein unfaires Verfahren vor einem israelischen Militärgericht. Nachdem das israelische Militär ihre Haftstrafe von sechs Monaten auf einen Monat verkürzt hatte, lief am 4. Mai die gegen sie erlassene Verwaltungshaftanordnung aus. Auf deren Grundla-



Khalida Jarrar wird seit langem von den israelischen Behörden drangsaliert und eingeschüchtert.

© Addameer Prisoner Support and Human Rights Association

ge war sie ohne Anklage in Haft gehalten worden. Khalida Jarrar befindet sich jedoch weiterhin in Untersuchungshaft.

IMMER NOCH UNGERECHTFERTIGT IN HAFT. Der Kommandant des israelischen Militärs hat die Rechtsbeistände von Khalida Jarrar erst am 5. Mai über die Verkürzung der Verwaltungshaft ihrer Mandantin in Kenntnis gesetzt. Am 6. Mai hätte die Haftanordnung gegen Khalida Jarrar von einem Militärrichter überprüft werden sollen. Die Palästinenserin befindet sich jedoch noch immer im HaSharon-Gefängnis in Israel. Gegen sie ist Anklage wegen „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation“, „Teilnahme an Protesten“ und „Anstiftung zur Entführung israelischer Soldat_innen“ erhoben worden. Sollte sie schuldig gesprochen

werden, so würden ihr mindestens zwei Jahre Haft drohen. Am 29. April war in letzter Minute eine geplante Überprüfung der Möglichkeit einer Freilassung gegen Kaution verschoben worden. Die Rechtsbeistände von Khalida Jarrar gehen davon aus, dass die Überprüfung demnächst stattfinden wird. Bis dahin ist es der Staatsanwaltschaft möglich, geheime Beweismittel zur Begründung ihres Antrags auf eine Verlängerung der Inhaftierung von Khalida Jarrar einzureichen.

DUBIOSE ZEUGENAUSSAGEN. Die Militärstaatsanwaltschaft gibt an, dass ihr die Aussagen zweier palästinensischer Häftlinge vorlägen. Diese sollen gehört haben, wie Khalida Jarrar sich für die Entführung israelischer Soldat_innen ausgesprochen habe, um anschließend einen Gefangenenaustausch mit palästinensischen Häftlingen aus Israel zu bewirken. Khalida Jarrar streitet die Vorwürfe vehement ab. Das Verfahren gegen Khalida Jarrar soll vor einem Militärgericht stattfinden. Bei derartigen Prozessen werden die internationalen Standards für faire Verfahren verletzt. Die Richter_innen und Staatsanwält_innen gehören dem israelischen Militär an, wobei die Richter_innen auf Empfehlung des militärischen Generalanwalts vom regionalen Befehlshaber benannt werden und fast ausschließlich aus den Reihen der Staatsanwält_innen stammen. Sie haben keinen Anspruch auf eine Festanstellung und können jederzeit vom regionalen Befehlshaber aus dem Amt entlassen werden. Diese Tatsache sowie die engen Verbindungen zwischen Militärrichter_innen und Militärstaatsanwält_innen lassen tiefgreifende Zweifel an der Unparteilichkeit der Militärrichter_innen aufkommen. Darüber hinaus basieren die Verfahren vor Militärgerichten häufig auf Geständnissen, die oftmals zu einem späteren Zeitpunkt zurückgezogen werden, weil sie unter Zwang abgelegt wurden. Angeklagte stimmen zudem oftmals selbst

TREFFEN FÜR INTERESSIERTE

Sie möchten nicht länger zuschauen, wenn in der Welt Menschenrechtsverletzungen passieren? Einmal im Monat bietet Amnesty International ein Treffen für Menschen an, die an einer ehrenamtlichen Mitarbeit interessiert sind:

**Jeden ersten Dienstag im Monat, 18 Uhr
Moeringgasse 12, 1150 Wien (Souterrainlokal)**

dann Übereinkommen mit der Staatsanwaltschaft zu, wenn sie unschuldig sind, um gegen ein Geständnis eine geringere Strafe zu erhalten. Sie wollen so einem unfairen Verfahren entgehen und glauben, keine andere Wahl zu haben.

DER HINTERGRUND. Khalida Jarrar wird bereits seit Jahrzehnten von den israelischen Behörden drangsaliert und eingeschüchtert. Sie war bis zum 15. April 2015 noch nie wegen einer Straftat angeklagt worden, dennoch haben die Behörden sie in der Vergangenheit bereits mehrfach zu einer „Gefahr für die Sicherheit“ erklärt.

Khalida Jarrar war festgenommen und inhaftiert worden, kurz nachdem sie am 7. Februar 2015 zum Mitglied des Komitees ernannt wurde, das Präsident Abbas nach der Unterzeichnung des Römischen Statuts im Dezember 2014 ins Leben rief, um die palästinensischen Anliegen vor dem Internationalen Strafgerichtshof vorzubringen. Im Januar 2015 hat die palästinensische Autonomiebehörde die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs für Verbrechen, die seit dem 13. Juni 2014 auf dem von ihr kontrollierten Gebiet begangen worden sind, anerkannt. Dies umfasst auch den jüngsten Konflikt zwischen Israel und Gaza, bei dem im Juli und August 2014 mehr als 1.500 palästinensische Zivilpersonen im Gazastreifen und sechs Zivilpersonen in Israel getötet wurden. Israel reagierte auf den Beitritt Palästinas zum Internationalen Strafgerichtshof mit dem Einbehalten von etwa 100 Millionen Euro an Steuergeldern, die Palästina monatlich zustehen. Obwohl die israelische Regierung angekündigt hat, die Gelder zum Teil freizugeben, hält der Streit zwischen den israelischen und palästinensischen Behörden bezüglich dieses Themas weiter an. Im August 2014 widersetzte sich Khalida Jarrar einer vom Vorsitzenden des Zentralkommandos der israelischen Streitkräfte erlassenen „Sonder-Überwachungsanordnung“ mit der sie aufgefordert worden war, ihre Heimatstadt Ramallah zu verlassen und sich aus-

schließlich in Jericho zu bewegen. Nachdem ihr ein Ausreiseverbot auferlegt worden war, bemühte sie sich 2010 monatelang um die Erlaubnis, nach Jordanien reisen zu dürfen. Dort wollte sie sich einer Untersuchung unterziehen, die in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht angeboten wird. Auf welche Beweise sich das Militär bei der Begründung dieses Reiseverbots gestützt hat, haben Khalida Jarrar und ihre Rechtsbeistände nie erfahren. 2006 wurde sie als Mitglied der PFLP in den Palästinensischen Legislativrat gewählt. Darüber hinaus ist sie die stellvertretende Vorsitzende der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Addameer, die sich für die Rechte von Gefangenen einsetzt.

DAS ISRAELISCHE MILITÄRGERICHTSSYSTEM ist begründet worden, um Palästinenser_innen aus den besetzten palästinensischen Gebieten in Fällen, welche die nationale Sicherheit betreffen, vor Gericht zu stellen. Obwohl die israelischen Militärgerichte theoretisch auch für Fälle zuständig sind, die israelische Staatsbürger_innen in den besetzten palästinensischen Gebieten betreffen, ist es bisher noch nie zu einem solchen Verfahren gekommen. Die israelischen Militärgerichte legen ihren Urteilen häufig Geständnisse zugrunde. Es ist nicht selten, dass Zeug_innen der Staatsanwaltschaft und Angeklagte angeben, ihre Aussagen nach langen Verhören gemacht zu haben, in denen sie gezwungen waren, in schmerzhaften Positionen zu verharren und Opfer von anderen Formen der Folter und Misshandlung wie zum Beispiel Schlafentzug geworden zu sein. 2010 wurde der Menschenrechtsverteidiger Abdallah Abu Rahma von einem Militärgericht wegen „Anstiftung“ und „Organisation und Teilnahme an einer illegalen Demonstration“ für schuldig befunden. Der Schuldspruch basierte auf Angaben, die drei Kinder gemacht hatten. Diese zogen ihre Aussagen vor Gericht jedoch wieder zurück und gaben an, dass man sie zur Aussage gezwungen habe.

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief bis 18. Juni ab und fordern Sie ein faires

Verfahren für Khalida Jarrar.

NIGERIA

VERSCHLEPPT, MISSBRAUCHT UND ZUM KÄMPFEN GEZWUNGEN

Boko Haram übt ein Jahr nach der Verschleppung von Schulmädchen noch immer grausame Gewalt an der Zivilbevölkerung aus.

Mindestens 2.000 nigerianische Frauen und Mädchen sind seit Anfang 2014 von der Terrorgruppe Boko Haram verschleppt worden. Sie werden als Sex-Sklavinnen gehalten und für den Kampf ausgebildet. Das stellt Amnesty International in einem Bericht fest, der ein Jahr nach der Verschleppung der Schulmädchen von Chibok veröffentlicht wird.

Der 90-seitige Bericht basiert auf Aussagen von 200 Zeug_innen, darunter 28 verschleppte Frauen und Mädchen, die aus der Gefangenschaft fliehen konnten.

Er dokumentiert zahlreiche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Boko Haram im Nordosten Nigerias im Jahr 2014 und 2015 verübt hat, darunter der Mord an mindestens 5.500 Zivilpersonen.

Die Kämpfer von Boko Haram zwangsrekrutieren regelmäßig Männer und Buben oder richten sie hin. Frauen und Mädchen werden verschleppt, eingesperrt, manche von ihnen vergewaltigt, zwangsverheiratet und zum Kampf für Boko Haram gezwungen.

Die Beweise, die in diesem schockierenden Bericht ein Jahr nach der Verschleppung der Schulmädchen von Chibok vorgelegt werden, verdeutlichen das erschreckende Ausmaß der Gewalt von Boko Haram.

Frauen, Männer, Knaben und Mädchen, Christ_innen und Muslim_innen sind von Boko Haram getötet oder verschleppt worden, Millionen von Menschen leiden unter der brutalen Terrorherrschaft.

„Die jüngsten militärischen Erfolge der Regierungstruppen könnten der Anfang vom Ende sein. Aber es muss noch viel geschehen, um Zivilist_innen zu schützen, die humanitäre Kri-

se zu lösen und einen Aussöhnungsprozess in Gang zu setzen“, sagt Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International.

ENTFÜHRUNGEN UND MASSENHINRICHTUNGEN. Die 19-jährige Aisha berichtete Amnesty International, dass sie im September 2014 von der Hochzeit einer Freundin entführt wurde, gemeinsam mit ihrer Schwester, der Braut und deren Schwester. Boko-Haram-Kämpfer brachten die jungen Frauen in ein Lager bei Gullak im Bundesstaat Adamawa, wo sich zu dieser Zeit bereits etwa hundert verschleppte Mädchen befanden. Eine Woche später wurden die Braut und deren Schwester mit Boko Haram Kämpfern zwangsverheiratet. Aisha und andere Mädchen wurden an der Waffe ausgebildet. Aisha berichtet, dass sie in Gefangenschaft mehrfach vergewaltigt wurde, manchmal von einer Gruppe von bis zu sechs Männern. Sie musste den Mord an 50 Menschen mitansehen, darunter die Ermordung ihrer Schwester. Seit Anfang 2014 hat Amnesty International mindestens 300 Überfälle von Boko Haram auf Zivilpersonen dokumentiert.

DAS LEBEN UNTER BOKO HARAM. Nachdem eine Stadt oder ein Dorf eingenommen ist, wird die Bevölkerung auf einem Platz versammelt, um die neuen Gesetze zu verkünden. Boko Haram führt in der Regel grausame Strafen ein. Wer das tägliche Gebet verpasst, wird ausgepeitscht, die Bewegungsfreiheit, vor allem für Frauen, wird massiv eingeschränkt. Augenzeugen berichten von Steinigungen. Amnesty International fordert Boko Haram auf, sofort die Tötung von Zivilpersonen zu stoppen. Amnesty fordert die nigerianische Regierung auf, alle möglichen legalen Schritte zu unternehmen, um Zivilistinnen und Zivilisten zu schützen und die Sicherheit im Nordosten Nigerias wiederherzustellen. Die Internationale Gemeinschaft muss die neu gewählte Regierung in Nigeria beim Kampf gegen Boko Haram unterstützen.

Lager für Binnenvertriebene in Nigeria © Private



Den englischen Bericht „OUR JOB IS TO SHOOT, SLAUGHTER AND KILL“. BOKO HARAM'S REIGN OF TERROR IN NORTH-EAST NIGERIA“ finden Sie auf www.amnesty.org unter Countries/Nigeria

Botschaft der islamischen Republik von
Afghanistan
S.E. Herr Ayoob M. ERFANI
Mahlerstrasse 14, Top 1
1010 Wien

Fax: (+43 / 1) 402 10 06 19

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Der jüngste Bericht von Amnesty International „Their Lives On The Line: Women Human Rights Defenders Under Attack in Afghanistan“, veröffentlicht am 7. April 2015, gibt Anlass zu ernster Sorge über die Repressionen und Gewalt, der Menschenrechtsverteidigerinnen ausgesetzt sind und dass Übergriffe auf sie nicht ausreichend strafrechtlich verfolgt werden.

Ich fordere daher die afghanische Regierung dazu auf

- Frauen im öffentlich-politischen Sektor denselben Schutz zu gewährleisten wie ihren Kollegen
- Frauenrechtsaktivistinnen zu jedem Zeitpunkt ernst zu nehmen und zu schützen
- die Straffreiheit zu beenden und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.
- Strategien zu entwickeln, die einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel in Bezug auf Frauen- und Menschenrechte erreichen können.

Weitere Empfehlungen von Amnesty International finden Sie im Amnesty-Bericht unter dem Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/asa11/1279/2015/en/>.

Hochachtungsvoll,

Vice-President for Women and Family Affairs
Shahindokht Molavardi
Center for Women and Family Participation Affairs
Block 162, After intersection of Sepand
Ostad Nejatollahi Street
Tehran
IRAN

Your Excellency,

I am writing to express concern about the advancement of two bills, the Comprehensive Population and Exaltation of Family Bill (Bill 315), and the Bill to Increase Fertility Rates and Prevent Population Decline (Bill 446). If either of these Bills becomes law, Iran will breach its international human rights obligations to respect women's sexual and reproductive rights, including their right to access contraceptive goods, services and information. These Bills will also have a disproportionately detrimental effect on the ability of women and girls to enjoy their fundamental human rights, including the right to gender equality, their right to be protected from domestic and sexual violence, and their right to privacy and freedom to decide the number and spacing of their children.

The Iranian government pledged to advance the rights of women and girls when it ratified various international human rights treaties, including the International Covenant on Civil and Political Rights, the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, and the Convention on the Rights of the Child. This commitment will be rendered meaningless if Iran continues to entrench discrimination and violence against women and girls.

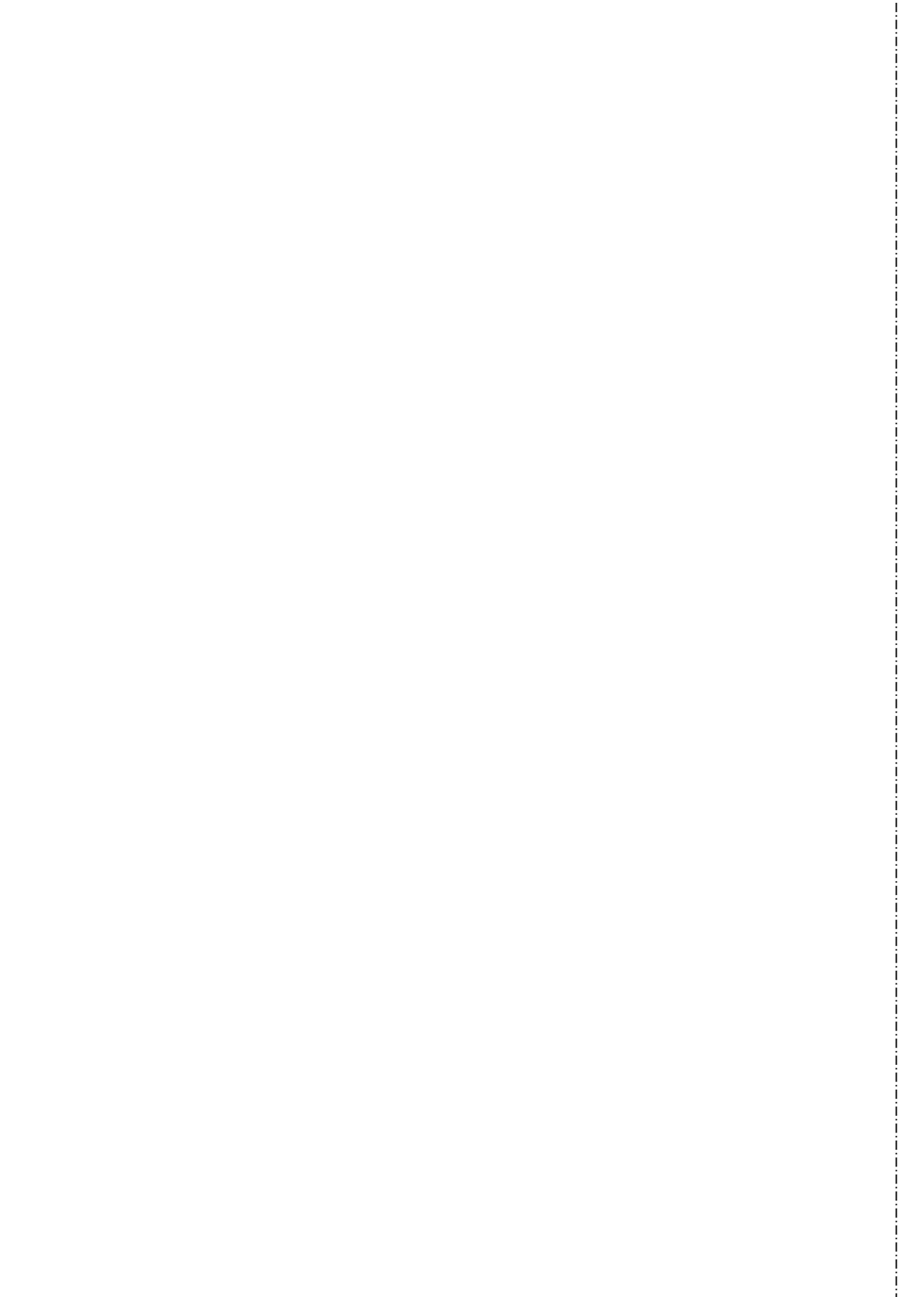
I urge you to:

Withdraw Bill 446 in its entirety, which bans surgical procedures for permanent contraception and restricts access to contraceptive information;

Fund comprehensive family planning policies and programmes to ensure that all women, including adolescents, can access quality contraceptive goods, services and information, including the full range of modern contraceptive methods (pharmaceutical and surgical contraception as well as emergency contraception);

Withdraw the provisions of Bill 315 that: (1) discriminate against women in the area of employment on the basis of gender, marital or parental status; (2) that act as a barrier to obtaining a divorce, with a discriminatory impact on women; (3) that incentivize judges to favour reconciliation over divorce, and that assess their bonuses based on how many of their cases result in marital reconciliation.

Yours sincerely,



Ayatollah Sadegh Larijani
c/o Public Relations Office, Number 4
2 Azizi Street intersection
Tehran
IRAN

Your Excellency,

I call on the Iranian authorities to release **Narges Mohammadi** immediately and unconditionally, as she has been held solely for the peaceful exercise of her rights to freedom of expression, association and assembly.

Pending her release, I call on the authorities to allow her regular visits from her family and her lawyers, and to ensure that she receives any medical care she may require, including specialized care outside of prison.

Respectfully,



Brigadier General Danny Efroni
6 David Elazar Street
Hakiryia
Tel Aviv
ISRAEL

Fax: (00 972) 3 569 4526

Sehr geehrter Herr Militärstaatsanwalt,

Es besorgt mich sehr, dass Verfahren vor israelischen Militärgerichten erhebliche Mängel aufweisen.

Bitte ergreifen Sie alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass **Khalida Jarrar** unverzüglich ein Verfahren erhält, das den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entspricht.

Stellen Sie bitte zudem sicher, dass alle Anhörungen zur Überprüfung ihrer Haft den internationalen Standards für faire Verfahren entsprechen. Dazu gehören auch die Möglichkeit einer Freilassung bis zum Verhandlungsbeginn und die Offenlegung aller Beweise.

Hochachtungsvoll,

AMBASSADOR OF CONSCIENCE AWARD 2015

JOAN BAEZ UND AI WEIWEI VON AMNESTY IN BERLIN AUSGEZEICHNET

Die US-amerikanische Folkmusikerin Joan Baez und der chinesische Künstler Ai Weiwei wurden am 21. Mai von Amnesty International mit dem „Ambassador of Conscience Award 2015“ ausgezeichnet. Der Preis wurde auf einer feierlichen Abendveranstaltung in Berlin verliehen, bei der internationale Künstlerinnen und Künstler auftraten. Mit dem Preis würdigt Amnesty Menschen, die sich durch ein herausragendes, langjähriges Engagement für die Menschenrechte auszeichnen.

„Künstlerinnen und Künstler haben Amnesty International von Anfang an unterstützt. Wer ist besser geeignet heute den Preis zu bekommen als Joan Baez und Ai Weiwei? Zwei herausragende Persönlichkeiten, die wissen, was es bedeutet, für ihre Überzeugungen ein hohes Risiko einzugehen“, sagte Selmin Çalıřkan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland.

Zu den Redner_innen gehörte auch die Punk-Rock-Legende Patti Smith, die den Aktivismus von Joan Baez lobte. Sie haben nie eine Führungsrolle angestrebt, aber „sie ging mit gutem Beispiel voran“.

„**DULDET KEINE UNGERECHTIGKEIT**“. Joan Baez beschrieb den Tag als eine außergewöhnliche Feier und richtete eine Botschaft an alle, die sich am Kampf für Menschenrechte beteiligen wollen: „Jeder kennt Gleichgesinnte, und wenn es nur eine Person ist. Ihr müsst Leute finden, die sich zusammen mit euch für eure Leidenschaft einsetzen. Duldet keine Ungerechtigkeit“, sagte sie. „Wirkliche Veränderungen wird es nicht geben - außer Menschen sind bereit, dafür Risiken einzugehen.“ Die Sängerin und Aktivistin hatte unter anderem den Vietnam-Krieg, das Apartheidsregime in Südafrika und die Militärdiktatur in Chile unter Augusto Pinochet vehement kritisiert. Sie hatte die West-Coast-Abteilung von Amnesty International gegründet.

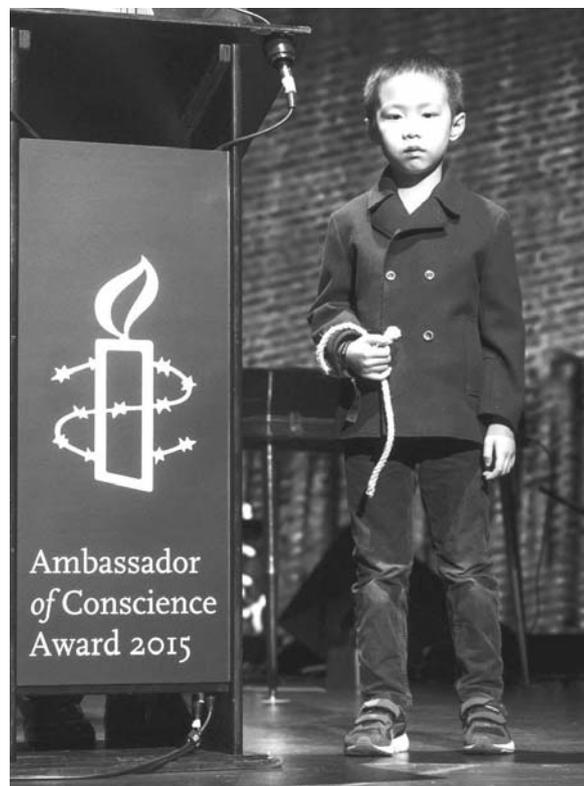
Chris Dercon, der Direktor der Tate Gallery of Modern Art in London, nahm den Preis im Namen von Ai Weiwei entgegen. Bei der Preisübergabe erklärte er: „Ai Weiweis schwierige



Joan Baez singt „I shall be released“

Situation und die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit sind kein Einzelfall. Vielen anderen Aktivist_innen, Dissidenten und Anwältinnen in China geht es ähnlich. Dem Anwalt Pu Zhiqiang, der auch schon Ai Weiwei verteidigt hat, drohen vermutlich acht Jahre Haft, nachdem man ihn diese Woche angeklagt hat, ‚nationale Feindseligkeit geschürt‘ sowie ‚Streit angefangen und Ärger provoziert zu haben‘. Ai Weiwei hat mir gesagt: ‚Diese Auszeichnung gebührt denjenigen, die ihr Leben für eine bessere Gesellschaft, für die Meinungsfreiheit opfern. Ich erhalte die Auszeichnung stellvertretend für sie. Es gibt so viele Menschen, die sich in weitaus schlimmeren Situationen befinden als ich‘.“

Dem Preisträger und der Preisträgerin wurden Glasskulpturen des bekannten tschechischen Designers Bořek Šípek überreicht.



Berührend: Ai Weiweis kleiner Sohn wünschte sich einen Pass für seinen Vater.

KAMPAGNE ZUM SONGCONTEST

Anlässlich des Eurovision Song Contest in Wien machte Amnesty International Österreich mit der Kampagne #RespectDiversity auf die Lebensrealitäten von LGBTI-Personen in Österreich und in den Teilnehmerstaaten des Songcontests aufmerksam.

Nach wie vor werden Menschen weltweit aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität diskriminiert. In vielen europäischen Staaten bestehen wesentliche Mängel in



der umfassenden Verwirklichung der Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender oder intersexuellen Menschen.

„Wir müssen endlich im 21. Jahrhundert ankommen und anerkennen, dass LGBTI-Menschen die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten wie hetero-normativ lebende Menschen



haben. Trotz positiver Entwicklungen in vielen Teilen der Welt gibt es auch dramatische Rückschritte, wie zum Beispiel das Propagandagesetz in Russland. Dem müssen wir entschieden entgegenzutreten“, erklärt Mariam Vedadinejad, Sprecherin von Queeramnesty.

RESPECTDIVERSITY. Höhepunkt der Kampagne war das große #RespectDiversity Mosaik aus über 1000 Fotos, enthüllt am 21. Mai auf der Hausfassade von Amnesty International Österreich. Alle Teilnehmer_innen zeigten mit ihren Fotos der Welt, wie viele Gesichter Respekt wirklich hat und wie groß die Gemeinschaft jener ist, die Diversität in der Gesellschaft begrüßen. So wurde für viele ein einfacher Kampagnenslogan zum Lebensmotto: #RespectDiversity NOW!

Teil der Kampagne waren das Amnesty International Human Rights Café, Runde Tisch-Gespräche, Podiumsdiskussionen, eine Medientour unserer internationalen Gäste John-Jeanette Solstad und Vladimir Simonko, Filmpräsentationen und diverse Mitmachaktionen, die unter dem Motto „Intoleranz macht schiach – du bist schön!“ auf den Straßen und Plätzen Wiens, im Rathaus und vor der Stadthalle das nationale und internationale Publikum mobilisiert haben.

Schon unterschrieben? Das Amnesty-Manifest für sexuelle und reproduktive Rechte auf www.amnesty.at

